

Rote Karte für Hannelore Gabor

Von Dietmar Gruchmann, Stadtrat und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins

Verschwommenes Demokratieverständnis der CSU-Bürgermeisterin

Abgesagter städtischer Christkindlmarkt findet jetzt doch wieder statt

Dass unsere CSU-Bürgermeisterin eine recht eigenwillige, etwas verschwommene Demokratiefassung besitzt, hatte sie ja schon vor vier Jahren unter Beweis gestellt: Damals hatte Hannelore Gabor ohne Rücksprache mit dem Stadtratsgremium eigenmächtig den Festumzug abgeschafft. Erst ein SPD-Antrag, der schließlich von allen 24 Stadträten angenommen wurde und einzig und alleine auf die Ablehnung der Bürgermeisterin stieß, konnte den Festumzug in den Folgejahren wiederbeleben – erfolgreich, wie man dieses Jahr mit über 1.100 Festumzugsteilnehmern erleben konnte. An diesen Fauxpas möchte die Bürgermeisterin auch möglichst nicht mehr erinnert werden.

Umso unverständlicher ist ihr fast gleiches Vorgehen jetzt im Bezug auf den städtischen Garchinger Christkindlmarkt am

Bürgerplatz: Am 7. Mai 2013 hatte Hannelore Gabor den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses zur Kenntnis gegeben, dass Sie den Garchinger Christkindlmarkt abgeschafft habe. Begründung: Die Ausstellerzahlen seien seit Jahren rückläufig und außerdem sei der Christkindlmarkt der Frauenunion im Römerhof ja sowieso viel

schöner. Zur Kenntnisaufnahme gab sie den Stadträten auch gleich, dass der CSU-Christkindlmarkt dann zukünftig ganz offiziell im städtischen Kulturprogrammheft beworben werde, was bislang nicht einmal allgemeinnützigen Kulturvereinen wie z.B. dem Chor St. Severin genehmigt wurde. Das hatte sie zu diesem Zeitpunkt aber alles schon so entschieden und die potenziellen und treuen Aussteller der Vorjahre wurden auch gleich schriftlich darüber informiert, dass der Weihnachtsmarkt abgeschafft ist. Bei Interesse an einer Teilnahme an dem CSU-Markt im Römerhof könne man sich an die Frauenunion wenden, stand in dem städtischen Informationsschreiben. Natürlich war die Empörung groß, dass unsere Bürgermeisterin sich anmaßt, so eine weit reichende Entscheidung alleine im stillen Kämmerlein zu treffen. Aber solcherlei eigenmächtiges und arrogantes Vorgehen, haben wir ja leider schon öfters im Stadtrat von ihr erlebt. Nachvollziehbar wäre ja gewesen, wenn sie dem Stadtrat die Frage gestellt hätte, ob es nicht Sinn machen würde, den städtischen Christkindlmarkt in das stimmungsvolle Ensemble des Römerhofs zu verlegen. Aber das wollte sie ja offensichtlich nicht. Sie wollte eindeutig nur der Frauenunion einen Liebesdienst erweisen.

TERMINE

- 15. September 2013:
Landtagswahl in Bayern
- 20. September 2013,
ab 16.00 Uhr, Römerhof:
Wiesnbierprobe
- 22. September 2013:
Bundestagswahl
- 13. Oktober 2013,
um 14.00 Uhr,
Treffpunkt am Rathaus:
SPD-Radltour



Der Garchinger Christkindlmarkt

► Demokratie siegt gegen unsensible Starrköpfigkeit

Eigentlich hätte das Vorgehen von Frau Gabor gute Chancen für die Annahme einer Dienstaufsichtsbeschwerde im Landratsamt gehabt, aber darauf haben wir des lieben innerstädtischen Friedens willen verzichtet. Aber wir wurden aktiv: Gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und den Bürgern für Garching haben wir SPD-Stadträte umgehend einen schriftlichen Antrag im Stadtrat eingereicht, dass die Fehlentscheidung der Bürgermeisterin zurückgenommen werden muss und ein städtischer Christkindlmarkt auch 2013 wieder stattzufinden hat.



Dietmar Gruchmann

Viele Argumente sprechen aus unserer Sicht für den Erhalt des städtischen Christkindlmarktes im Garchinger Stadtzentrum: Der Standort ist bekannt, eine Belebung des Stadtzentrums soll auch eine Steigerung der Kundenfrequenz für die umliegenden Geschäfte bewirken, die Kombination mit dem zeitgleich stattfindenden Kunsthandwerkermarkt im Bürgerhaus befruchtet sich, Parkmöglichkeiten sind für Aussteller und Besucher in der Rathaustiefgarage vorhanden, in die stimmungsvolle Beleuchtung des Areals wurde investiert, eine strikte Trennung zwischen Stadt- und Parteiveranstaltungen muss gewährleistet bleiben, und so weiter und so weiter... Unterstützung bekamen wir dabei auch durch eine Unterschriften-Sammelaktion von Garchinger Vereinen, die bei der Bürgermeisterin im Juli abgegeben wurde.

Die erneute Abstimmungsniederlage vor Augen blieb unserer Bürgermeisterin somit nichts anderes übrig als in der Juli-Sitzung des Stadtrates bekannt zu geben, dass die Stadt wieder einen eigenen Christkindlmarkt durchführen wird.

Was bleibt, ist jedoch der Eindruck, dass die CSU-Bürgermeisterin nicht gewillt ist, die vor der letzten Kommunalwahl immer wieder beteuerte Transparenz und Demokratie in das Garchinger Rathaus einziehen zu lassen. Sie sollte sich mal daran erinnern, dass eine Bürgermeisterin **für alle Garchinger** da zu sein hat und nicht nur für ihre Partei. Und die Bürger sollten auch noch wissen: Die Buden für den CSU-Christkindlmarkt stellt der städtische Bauhof der Frauenunion kostenfrei auf. Die Parteiorganisation verlangt jedoch von den Ausstellern Standgebühren, die dann in die CSU-Wahlkampfkasse fließen. Auch das sollte mal hinterfragt werden.

Freuen wir uns also alle darauf, wenn Frau Gabor Anfang Dezember zusammen mit dem Christkind den städtischen Christkindlmarkt am Bürgerplatz eröffnen wird. Die Demokratie hat gegen ihre unsensible Starrköpfigkeit wieder mal gesiegt!

Parkchaos in der Einsteinstraße und kein Ende in Sicht

Von Gerlinde Schmolke Stellvertretende Vorsitzende SPD OV-Garching

Seit dem Baubeginn an der neuen Krippe in der Einsteinstraße ist es für Anwohner, die abends ihr Auto abstellen wollen, oft unmöglich in der Nähe ihrer Wohnung zu parken. Entweder wird ein Parkplatz weiter entfernt angesteuert oder die Autos werden gezwungenermaßen in den Engstellen und Kurven geparkt. Spät nachts ist die Straße oft kreuz und quer zugestellt. Das ist nicht nur lästig, sondern kann im Notfall die Zufahrt von Rettungskräften behindern. Die Bauarbeiten werden im Herbst abgeschlossen sein, aber ob sich an der Situation dann etwas bessert, darf bezweifelt werden. Das Personal braucht während der Öffnungszeiten Parkplätze und auch die Eltern der ca. 50 Krippenkinder müssen irgendwo in der Nähe anhalten können um ihre Kinder zu bringen und wieder abzuholen. Mütter, die ihre Kleinkinder in eine Krippe geben, wollen oder müssen arbeiten und haben morgens keine Zeit zu Fuß oder mit dem Rad zu Krippe zu kommen, wieder heimzugehen und dann erst in die Arbeit zu fahren. Da gibt es oft keine Alternative zum Auto. Es müssten ausreichend Parkplätze vor der Krippe reserviert werden. Verschärft wird der Parkplatzmangel in der Einsteinstraße auch durch die Bewohner des Garching Living Center (GLC), die sich das Geld für den Tiefgaragenstellplatz sparen, und lieber in diesem Bereich parken. Es wird spannend, wenn im Herbst die Krippe eröffnet wird.

Wie viel Platz benötigt wird, um eine vernünftige Lösung für Anwohner und Besucher zu planen, lässt sich beim Kinderhaus am Kreuzeckweg beobachten. Eine solche großzügige Lösung war in der Einsteinstraße von vorn herein nicht möglich. Die Stadtratsfraktion der SPD war abgesehen von der räumlichen Enge auch aus anderen Gründen gegen diesen Standort. Leider fand sie mit ihren Argumenten im Stadtrat kein Gehör. Diese Hoppala-Hop Entscheidung unter Zeitdruck führt vielleicht zur Entspannung bei der Suche nach einen Krippenplatz, bei der Parkplatzsuche aber definitiv nicht.



Gerlinde Schmolke

GERECHTE ZUKUNFT. JETZT.

SPD Garching für Bela Bach

Bezahlen Sie gern?

Von Joachim Krause, Vorsitzender der SPD Stadtratsfraktion

„Ich möchte gern bezahlen“, sagt man wohl nur im Restaurant, obwohl jeder weiß, dass gute Leistung auch sonst angemessen entlohnt werden sollte. Es geht aber nicht nur um das eigene Geld, sondern auch um das der öffentlichen Hand, und darum, was unsere Regierungen damit anstellen. Wird dieses Geld nicht klug verwaltet, spüren wir das alle entweder über höhere Steuern, höhere Gebühren oder verfallende Infrastruktur.

Im Wahljahr ist eine gute Gelegenheit, einmal nachzufragen, was mit unserem Geld geschehen ist. Das populärste Märchen in Deutschland ist ja das von den Schwarzen, die angeblich besser mit dem Geld umgehen können. Das mag stimmen, solange es um die Bezahlung der eigenen Familienangehörigen geht, aber war da nicht auch etwas mit der Landesbank? Oder ist das schon alles vergeben und vergessen? Was ist mit den Verkehrswegen in Deutschland? Langsam werden wir alle auf eine Pkw-Maut eingestimmt, obwohl doch die Mineralölsteuer ursprünglich für den Verkehrswegebau erhoben wurde. Aber dazu mehr nach der Wahl, bestimmt!



Joachim Krause

In Garching läuft es aber doch besser, oder doch nicht? Über die EWG haben wir schon berichtet, vor der letzten Wahl wurde sie von allen Parteien außer der SPD noch als Teufelszeug abgelehnt, nach der Wahl ist die neue Stadtregierung aus CSU und Unabhängigen nach einer Schamfrist doch noch beigetreten, kam dabei aber mitten in die Finanzkrise und hat nun Millionenverluste am Bein. Dafür wurde das Gymnasium aber neu gebaut und nicht bloß saniert, wie das unter Bürgermeister Solbrig noch mit der Mittelschule und der Grundschule-West vorgemacht worden ist. Dass so ein Neubau ein wenig teurer wird, kommt dann schon einmal vor, und wenn Ismaning später nicht mehr mitzahlt, weil die Gemeinde ein eigenes Gymnasium bauen will, übernehmen wir das zum größten Teil auch noch. Diese Risiken hindern unsere Bürgermeisterin aber nicht daran, wenigstens bei der neuen Kinderkrippe auf den teuersten der möglichen Träger zu setzen und pro Jahr 100 000 Euro mehr auszugeben als beim günstigsten Anbieter. Die Verwaltung, die das vorgeschlagen hat, und die Stadtratsmehrheit, die das beschlossen hat, haben das mit einem besseren Konzept begründet, die Frage bleibt aber, wozu man dann ausschreibt. Hier stand der Träger wohl schon vorher fest.

Aber beim Festzug oder beim Christkindlmarkt hätte unsere Bürgermeisterin doch einsparen wollen! Das stimmt, aber da wollte der Stadtrat nicht. Beim Christkindlmarkt hat das

unsere Bürgermeisterin noch rechtzeitig eingesehen und den Antrag von SPD, Grünen und BfG übernommen, ehe sie sich noch eine Abstimmungsniederlage wie damals beim Festzug einhandelt. Wir meinen, das, was man durch unkluge Ausgabenpolitik verspielt, muss man nicht beim sozialen Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger hereinholen, zumal es bei weitem nicht ausgereicht hätte.

Was sind die Alternativen? Blanker Populismus, wie bei der BfG? Der jüngste Vorschlag, die Bürgerinnen und Bürger über die Verwendung von 500 000 Euro im Internet abstimmen zu lassen, wurde vom Stadtrat mit Recht abgelehnt: Über das Geld entscheidet in letzter Instanz der Stadtrat, das muss auch so bleiben. Solide Finanzpolitik gab es in Garching bis 2008, als die SPD den Bürgermeister stellte, und sie kann es ab 2014 wieder geben.

Nun sind bald Wahlen, und dabei entscheiden die Wählerinnen und Wähler auch darüber, wer in Zukunft das Steuergeld verwaltet. Grund genug, sich noch einmal zu überlegen, wem man das eigene Geld anvertraut, und um das eigene Geld aller Bürgerinnen und Bürger geht es ja! Sonst bringt man etwa durch ein Kreuz etwa bei der CSU ungewollt zum Ausdruck: „Ich bezahle doch gern!“



Bela Bach
SPD-Bundestagskandidatin für den Landkreis München und Gauting
bela-bach.de



WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT:
ZEIT FÜR FAMILIEN!

- Abschaffung des Betreuungsgeldes
- Einstieg in kostenfreie Kindergärten

Die Herausforderungen einer humanen Asylpolitik

Von Niban Yamak, Jusos München Land

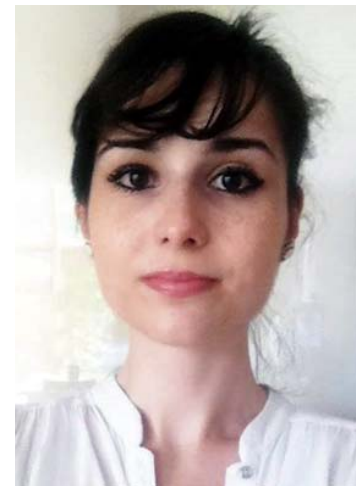
Wenn Innenminister Hermann Friedrich sich zu den steigenden Asylantragszahlen dahingehend äußert, dass „nun der Aufenthalt derer, die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen“ schnell beendet werden müsse, bestätigt dies im Grunde seine bisherige Strategie Asylsuchende aus vermeintlich sicheren Herkunftsregionen in Schnellverfahren zu priorisieren und Verfahren von Schutzsuchenden mit guten Anerkennungschancen auf die lange Bank zu schieben. Dies hat schon in den ersten Monaten des Jahres zu einer nochmals drastischen Verlängerung der Asylverfahrensdauer gerade für diejenigen geführt, die relativ gute Anerkennungschancen haben.

Man sollte sich klar vor Augen halten, dass Rechtsmissbrauch nicht die Ursache steigender Asylantragszahlen in Deutschland ist, sondern die Kriegs- und Krisensituation in den Herkunftsländern. Die Strategie Friedrichs unterwirft Flüchtlinge voreingenommen in Schnellverfahren, die anderen verlieren Jahre ihres Lebens in permanenter Ungewissheit und die meisten werden immer häufiger schon bei der Einreise inhaftiert, was aus einer vom diakonischen Werk in Hessen und Nassau sowie von Pro Asyl durchgeführten bundesweiten Recherche zur Situation der in Abschiebungshaft befindlichen Asylbewerber/innen hervorgeht.

Was ist zu tun? Da gibt es zum einen die Möglichkeit, die Gesetzeslage in Deutschland zu ändern: Das Asylbewerberleistungsgesetz, sowie Art.7 Abs. 5 S.3 der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, nach welchem die Unterbringung der Asylsuchenden ihre Rückkehr ins Herkunftsland fördern soll, sind ersatzlos zu streichen, da sie verfassungswidrig sind. Weiterhin muss die Residenzpflicht für Asylbewerber/innen abgeschafft werden, die ein Eingriff in ihre allg. Handlungsfreiheit darstellt. Die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten einer dezentralen Unterbringung in öffentlich gefördertem Wohnraum, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen im System der gesetzlichen Krankenversicherung, die Abschaffung des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips, die Abschaffung der Gentests zu Abstammungsnachweiszwecken von Familienangehörigen der Asylsuchenden, die psychologische Betreuung für traumatisierte Asylbewerber/innen unter besonderer Berücksichtigung der Opfer von sexueller Gewalt, sind unverzichtbar für eine humane Asylpolitik.

Aber auch eine maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von sechs Wochen, die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und eine automatische Arbeitserlaubnis mit Verlassen der Erstaufnahmestelle, einen Anspruch auf reguläre berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, das Angebot flächendeckender staatlicher Sprachkurse, der Anspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung für im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen und einen Anspruch auf Teilnahme an staatlich organisierten Deutschkursen gewährleisten die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft.

Zum anderen - und dies ist der viel wichtigere Lösungsansatz – muss zwingend ein Umdenken erfolgen: Das Bild eines „Asylanten“, der aus unserer Gegend einen kriminellen Ort macht, ein „Sozialschmarotzer“ ist und uns die Arbeit wegnimmt, die Immobilienpreise sinken lässt o.ä. muss endlich aus unseren Köpfen verschwinden.



Auf unserer Veranstaltung der Jusos München-Land in Kooperation des SPD Ortsvereins in Putzbrunn am 11. Juli 2013 ist diese Botschaft sehr gut zur Sprache gekommen. Zusammen mit Landrätin Johanna Rumschöttel, Diakon Karl Stocker (Helferkreis Asyl Ottobrunn/Putzbrunn), Monika Steinhauser vom Münchener Flüchtlingsrat und unserer Bundestagskandidatin Bela Bach, wurden die Herausforderungen einer modernen Asylpolitik im Landkreis diskutiert. Schnell wurde deutlich, dass wir im Landkreis mit einer Strategie der Willkommenskultur und mehr Organisation für Flüchtlinge viel weiter kommen, als mit der Abschiebehaltung des Innenministers.

„Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen scheitert derzeit am allgemeinen Problem der Wohnraumknappheit“ sagte Johanna Rumschöttel zutreffend und verwies auf andere bedürftige Hilfsgruppen im Landkreis.

Der entscheidende Denkanstoß kam von Diakon Karl Stocker: „Die Förderung ehrenamtlicher Helferkreise in den Gemeinden von Seiten der Politik“ und „die Verbesserung der Kommunikation zwischen diesen Helferkreisen mit den Entscheidungsträgern (Landratsamt)“ sei unverzichtbar für eine bessere Asylpolitik im Landkreis. Dies diene einer konkreten Einbeziehung der Helferkreise in Entscheidungsprozesse der Behörden, damit erstere im Einzelfall entsprechend auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge reagieren können.

Aber auch Monika Steinhauser untermauerte noch einmal wie wichtig es ist, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und gleichzeitig ehrenamtliche Unterstützer/innen finanziell unter die Arme zu greifen, denn diese sind unsere entscheidenden Hoffnungsträger und Garanten für eine humane Asylpolitik im Landkreis.

Die Basis einer humanen Asylpolitik ist ein Zusammenspiel zwischen einer menschenwürdigen Gesetzeslage und besseren Organisation der betroffenen Kommunen. Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir eine starke Regierung, die sich dafür einsetzt. Die jetzige Regierung lässt jedenfalls diesbezüglich noch sehr viel zu wünschen übrig.

Zufahrt zur Fußgängerzone am U-Bahnzugang West bleibt gesperrt – Allgemeinwohl geht vor Einzelinteresse

Von Werner Landmann, Stadt- und Kreisrat



In den letzten Monaten entwickelte sich in mehreren Sitzungen sowohl des Haupt- und Finanzausschusses wie auch des Stadtrates des Öfteren ein politischer Schlagabtausch über die Frage, ob die Sperrung der Garchinger Fußgängerzone für den Liefer- und Individualverkehr nahe des Schwanenbrunnens, direkt vor dem Westzugang zur U-Bahn, erhalten bleiben sollte oder nicht. Man debattierte nämlich zunächst, ob die Post in ein dort gelegenes, zuvor an den Schlecker-Konzern vermietetes privates Gebäude einziehen und in begrenztem Umfang dafür Liefer-

verkehr zugelassen werden könnte. Inzwischen ist für die Post (in Containern) jedoch mit breiter Mehrheit ein adäquater und deutlich besser geeigneter Standort westlich der Mittelschule auf städtischem Grund gefunden worden.

Ein einzelner Eigentümer von zahlreichen Gebäuden im Ortszentrum, zugleich Stadtrat der CSU-Fraktion, der leider allein die bestmögliche Vermietbarkeit seiner Objekte und nicht das Allgemeinwohl der Garchinger Bürger im Auge hat, nahm diese Debatte jedoch zum Anlass, die bisherige Erschließung des Garchinger Ortszentrums grundsätzlich in Frage zu stellen. So drohte er unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung gar mittels seiner Anwälte mit einer Klage auf Entfernung der Sperrpfosten, die das Eindringen von Kfz von Osten in das Ortszentrum verhindern und wollte die Ausschussmitglieder sowie die Stadtverwaltung mit diesem Schritt erkennbar unter Druck setzen. Mit knapper Mehrheit (SPD, Grüne und BfG) setzte sich jedoch die Vernunft durch. Der Schutz für alle Fußgänger und Radfahrer wie auch beispielsweise spielende Kinder oder Mütter mit Kinderwagen genießt in einer Fußgängerzone zum Glück nach wie vor Vorrang vor den Interessen sehr Weniger nach freier Fahrt für den Lieferverkehr.



Werner Landmann

Seit Jahrzehnten ist von der Telschowstraße aus eine Zufahrt für den Lieferverkehr in alle Winkel des Ortszentrums gegeben, diese reicht bis heute aus, es besteht kein Anlass, hieran etwas zu ändern.

Der zwischenzeitlich unterbreitete Vorschlag der Verwaltung, 18 Stunden pro Woche (von Montag bis Samstag von 8 bis 11 Uhr) die Pfosten jeweils zu entfernen, hätte sicherlich wie ein Dammbbruch gewirkt. Mangels effektiver Kontrollmöglichkeiten wären massenhaft weitere Kfz durch die Fußgängerzone unserer Stadt gebraust, ein Horrorszenario, welches zum Glück keine Mehrheit bei den politisch Verantwortlichen fand.

Die Sperrpfosten bleiben somit erhalten; für die Anwohner im Ortszentrum ebenso wie für mehr als 99% der Garchinger Bürger wird diese Entscheidung positive Folgen haben. Denken Sie bitte bei der nächsten Kommunalwahl im kommenden März daran, welche politischen Kräfte sich für das allgemeine Wohl der Bürger einsetzen und wer leider in erster Linie nur eigene Interessen vertritt als gewählter Volksvertreter.

IMPRESSUM

Ihr direkter Draht zum Ortsverein:

Dietmar Gruchmann
Telefon 320 78 87

Ansprechpartner für die Fraktion:

Joachim Krause
Telefon 320 35 08

Bildrechte: alle SPD

Redaktion:

Aziz Yamak und geschäftsführender Vorstand

Herausgeberanschrift:

Dietmar Gruchmann
Brunnenweg 29, 85748 Garching

Druck:

Ledin Print & Mediacenter GmbH Gaimersheim

Die ASF diskutierte über „Frauenpolitik international“

Von Ulrike Haerendel, ASF Vorsitzende



V. l. n. r.: Ulrike Haerendel, Edda Blenk-Knocke, Natascha Kohnen, Bela Bach

Zu einem Abend über „Frauenpolitik international“ hatte die ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) München-Land im „Politischen Frühling“ eingeladen. Neben der Generalsekretärin der Bayern-SPD Natascha Kohnen war die Expertin für europäische Familienpolitik Edda Blenk-Knocke aufs Podium im Garchingener Römerhoftheater gebeten worden, denn an diesem Abend sollte es mal nicht nur um Deutschland, sondern auch um den Blick ins Ausland und vom Ausland her gehen. Und wie sehr die Perspektiven dann differieren, machte Natascha Kohnen gleich eingangs deutlich, als sie von eigenen familiären Erfahrungen berichtete: Als sie mit ihrer jungen Familie in Frankreich lebte, wurde sie dort als deutsche „Glücke“ belächelt. Zurückgekehrt nach Deutschland fand man ihre Ansprüche an Kinderbetreuung exzessiv. Inzwischen – das wissen wir alle – sind auch in Deutschland die alten Rollen- und Familienbilder verändert; nicht zuletzt, weil angesichts der realen Lohnverhältnisse hierzulande ein großer Teil der Familien auf zwei Einkommen angewiesen ist. Deutschland hat sich den Barcelona-Ziele in der Kinderbetreuung verschrieben und setzt das jetzt mit dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz um. Als neues Leitbild, so fasste es Edda Blenk-Knocke aus dem ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zusammen, gilt die oder der Erwerbstätige mit Sorgearbeiten im Lebensverlauf.

In der Praxis spürten allerdings gerade Frauen, dass diesem Leitbild immer noch zu wenig Rechnung getragen werde - wenn sie etwa an die ausgeprägte Präsenzkultur denke, an der viele Unternehmen festhielten, und die Schwierigkeiten, Arbeitszeiten und Betreuungszeiten für die Kinder zu synchronisieren. Auch sie selbst sei erst durch die eigenen Schwierigkeiten in dieser Hinsicht gleichstellungspolitisch sensibilisiert worden. In den skandinavischen Ländern sei man sehr viel weiter - was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in fairen Regelungen für beide Geschlechter angehe.

Die sehr engagierte Diskussion im Publikum knüpfte hier an. Vor allem das Zurückfallen der Frauen hinsichtlich Lohn Einkommen und Karrierechancen wurde kritisiert und mit vielen Beispielen aus eigenem Erleben belegt. Auf Nachfragen aus dem Publikum betonte Natascha Kohnen abschließend, dass es der SPD nicht darum gehe, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Familienleben regelten. Aber ihr politisches Ziel sei es, dass Familien die Chance bekämen, Erwerbs- und Sorgearbeiten für alle förderlich zu verteilen. Damit bekämpfe man auch den immer noch hohen Lohnabstand zwischen Männern und Frauen in Deutschland und das gerade bei Frauen stark steigende Risiko von Altersarmut.

Radfahren in Garching – Radwegkonzept wird nach und nach umgesetzt

Rudi Naisar, Stadtrat und Fahrradbeauftragter

Garching ist Gründungsmitglied im AGFK (Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen)

Ziel ist unter anderem eine klare Radverkehrspolitik bei Infrastruktur, Service, Information und Kommunikation zu schaffen um damit den Anteil des Radverkehrs deutlich zu steigern. Fahrradfahren muss zügig, sicher und gleichzeitig bequem sein, damit das Rad als Stadtverkehrsmittel akzeptiert und beachtet wird. Das Fahrrad gewinnt als Alltagsverkehrsmittel immer mehr an Bedeutung und ist im Nahbereich das sinnvollste Verkehrsmittel. Das Fahrrad ist nicht zuletzt sehr umweltverträglich und dient auch der Gesundheitsvorsorge.

Bereits im Jahr 2009 wurde im Auftrag der Stadt Garching ein Radverkehrskonzept vom Ingenieurbüro Schwarzmann vorgestellt. Das Konzept wurde zusammen mit Vertretern des Stadtrates, des ADFC, des ADAC, der Agenda21, der TU München, des Elternbeirates der GS-West, des Seniorenbeirates und Mitarbeitern der Verwaltung erarbeitet.

Nach der Bestandsaufnahme wurden Quellen und Ziele des Radverkehrs ermittelt und nach Prioritäten sortiert. Hauptziele der Priorität 1 sind z.B.

- Schulen
- Forschungszentrum
- Sportstätten
- U-Bahnhöfe
- Einkaufsbereiche
- Erholungsgebiete

Daraus entstand ein Gesamtwunschliniennetz, das nach und nach umgesetzt werden soll. (Siehe Plan)

Im Jahre 2011 erfolgte eine Haushaltsbefragung zur „Mobilität in Garching“ durch Prof. Kurzak. Hier sollte auch die Auswirkung des U-Bahnanschlusses erforscht werden.

Die Befragung ergab, dass die Garchinger bei allen Fahrten und Wegen an einem normalen Werktag das Fahrrad zu 27% nutzten. Im Binnenverkehr (engeres Orts- bzw. Stadtgebiet ohne Hochbrück, Forschungsinstitute etc.) sind es sogar 48%!

Man sieht, dass das Radfahren in Garching einen hohen Stellenwert genießt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang dass alle Verkehrsteilnehmer fair miteinander umgehen und sich gegenseitig akzeptieren.

Das Fahrrad ist im Nahbereich bis drei Kilometer einfach unschlagbar.

Die hohe Akzeptanz des Rades hat auch Konsequenzen. Die Fahrradparkplätze an den U-Bahnhöfen werden so gut angenommen, dass diese erweitert und verbessert werden müssen. Der Stadtrat hat hier schon die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Es ist schon einiges auf den Weg gebracht, aber es bleibt immer noch viel zu tun. Hier einige Beispiele:

Mit dem Rückbau der B11 kommt endlich eine einheitliche Verkehrsführung für Radfahrer an dieser wichtigen Verbindung. Die Gehwege werden verbreitert und die Benutzungspflicht für Radfahrer auf den Gehwegen wird aufgehoben. Das heißt, dass die Radfahrer die Straße nutzen sollen, aber die Gehwege im Bedarfsfall benutzen dürfen.

Bei der Autobahnunterführung konnte in Zuge des Fernwärmenetzausbaues auf der Nordseite ein zusätzliche Geh- und Radweg geschaffen werden.

Die Beschilderung der Radwege im gesamten Stadtgebiet wurde erneuert und wird teilweise noch sinnvoll ergänzt.

Leider gibt es zwischen Hochbrück und Garching noch keinen ganzjährig befahrbaren Radweg. Hier sollte z.B. über eine „Fahrradstraße“ im Bereich des Gewerbegebietes nachgedacht werden. Natürlich könnten solche „Fahrradstraßen“ auch an anderen Stellen Sinn machen z.B. Angerlweg. Hier müssen allerdings noch die rechtlichen Voraussetzungen geprüft werden.

Ein weiteres Thema ist der Winterdienst auf Wegen mit Nutzungspflicht für Radfahrer. Wenn man den Radverkehr ernsthaft für den Alltagsradler sicherstellen will, muss hier an einigen Stellen umgedacht werden. Wir fordern den Räumdienst auf allen gekennzeichneten Radwegen. Ein entsprechender Antrag wird von der Verwaltung seit Herbst letzten Jahres geprüft.

Derzeit gibt es erste Denkanstöße die Radschnellverbindungen zwischen den umliegenden Kommunen zu verbessern bzw. überhaupt anzulegen. Dieses Thema wird uns in der nächsten Zeit noch des Öfteren beschäftigen.

Die Verwaltung zeigt sich hier sehr kooperativ und ich habe den Eindruck, dass wir tatsächlich dabei sind eine Fahrradfreundliche Kommune zu werden. Spätesten bis 2016 wird die Stadt Garchings vom ADFC daraufhin überprüft.

Vom 9. Bis 29. September nimmt Garching zum zweiten Mal beim deutschlandweiten Wettbewerb Stadtradeln des Klima-Bündnis teil. Ziel ist es, in dieser Zeit ganz auf das Auto zu verzichten und alle Wege im Nahbereich mit dem Fahrrad zurückzulegen. 2012 schafften 172 Teilnehmer beachtliche 30.665 km. Helfen Sie mit, dieses Ergebnis zu toppen. Wie es genau funktioniert erfahren Sie aus der örtlichen Presse.

**WIR GESTALTEN
IHRE WERBUNG!**



NEUHARTSHÖFE 16
85080 GAIMERSHEIM
TEL.: 08458/347-0
FAX: 08458/347-347
WWW.LEDIN.DE

LEDIN
Print- & Mediacenter

SPD
Ortsverein
Garching



Wiesn-Bierprobe mit Freibier

Kaffee, Kuchen, bayerische Brotzeiten, Salate,
Brezn, Radi, Fischsemmeln, Limo,
Oktoberfestbier vom Fass u.v.m.
zu sozialen Preisen!

Freitag, 20. September 2013
ab 16.00 Uhr
im Römerhof



www.spd-garching.de